



Januar 2016

Vorschläge und Anforderungen an die Partizipation der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Agenda 2030 in und durch Deutschland

Am 25. September 2015 haben die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet, deren Kern die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) sind. Die Agenda wird ab 2016 für die folgenden 15 Jahre die globalen Bemühungen um nachhaltige Entwicklung leiten. Die Agenda 2030 ist universell. Sie gilt für alle Staaten gleichermaßen, sie muss auch in und durch Deutschland umgesetzt werden. Die neue Agenda empfiehlt, die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Umsetzung und deren Überprüfung zu ermöglichen. Auf nationaler Ebene sollen deshalb regelmäßige und inklusive Überprüfungen der Zielerreichung durchgeführt werden, die auch Beiträge der Zivilgesellschaft und anderer relevanter gesellschaftlicher Akteure berücksichtigen.

Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung,

- die transparente, umfassende und substantielle, d.h. entscheidungsrelevante, Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Erarbeitung des Umsetzungsrahmens, bei der Umsetzung und bei der Überprüfung der SDG in und durch Deutschland zu gewährleisten.

Dies erfordert insbesondere,

- institutionalisierte Partizipationsmechanismen oder Gremien zu schaffen, um den regelmäßigen und verlässlichen Dialog zwischen Bundesregierung und Zivilgesellschaft über die Umsetzung und das Monitoring der Agenda 2030 sicher zu stellen. Hierzu gehört eine regelmäßige und umfassende Berichterstattung über den Stand und aktuelle Planungen zur Umsetzung, die auf öffentlich zugängliche und qualitativ hochwertige Daten zurückgreift, um es zivilgesellschaftlichen Akteuren zu erleichtern, sich zu informieren und Stellung zu beziehen. Transparenz muss aber auch über die Arten und Inhalte der Partizipation hergestellt werden. Die Ergebnisse müssen dokumentiert und zeitnah veröffentlicht werden.
- die Inklusivität der Partizipation sicher zu stellen und entsprechend alle relevanten Spektren zivilgesellschaftlicher Akteure systematisch und umfassend zu beteiligen. Dies schließt insbesondere die repräsentativen Verbände und Netzwerke aus den Bereichen Entwicklung, Umwelt, Soziales, Transparenz, Frieden und Menschenrechte ein.
- die Partizipationsangebote ausreichend flexibel zu gestalten, um bei Bedarf auf aktuelle politische Entwicklungen und sich ändernde Bedürfnisse der Beteiligten reagieren zu können.

Entsprechende Partizipationsangebote sollten die Kohärenz bei Umsetzung und Überprüfung der Agenda 2030 im Blick haben. Auch sollten sie sinnvoll auf schon existierenden Formaten aufbauen bzw. diese ergänzen.

Konkret könnten wir uns folgende einander ergänzende Formate der Partizipation vorstellen:

- die letztendliche Koordinierung und Überwachung der kohärenten Umsetzung der Agenda 2030 muss hochrangig im Bundeskanzleramt verortet werden, zum Beispiel durch einen eigenen Staatssekretär für die Agenda 2030. Dieser im Bundeskanzleramt angesiedelten Koordinierungsstruktur sollte ein Gremium beigeordnet werden, welches sich aus von zivilgesellschaftlichen Verbänden und Institutionen mandatierten Vertreterinnen und Vertretern zusammensetzt, die für die Umsetzung der Agenda 2030 relevanten Themenfelder repräsentieren (unter anderem Verbände und Netzwerke der Entwicklungszusammenarbeit, Umweltverbände, Menschenrechtsorganisationen, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften sowie friedenspolitische und Transparenz-Organisationen). Die substantielle Einbeziehung dieses Gremiums in Ausgestaltung, Umsetzung und Überprüfung der Agenda 2030 wird von der Bundesregierung anerkannt.
- Darüber hinaus sollte ein offeneres Dialogformat für einen weiteren Teilnehmerkreis als „Dialogforum Agenda 2030“ etabliert werden, das in regelmäßigen Abständen zusammenkommt. In diesem Dialogforum soll

über den Stand der Umsetzung der Agenda informiert und Vorschläge zur Umsetzung eingebracht und diskutiert werden. Die Erfahrungen mit dem von BMZ und BMUB zur Post-2015-Agenda eingerichteten Dialogforums zeigen, dass ein solches Format für den Austausch sehr produktiv sein kann. In einem solchen Dialogforum sollten über BMZ und BMUB hinaus weitere relevante Ressorts vertreten sein.

Über institutionalisierte Partizipationsformen hinaus sollte die Zivilgesellschaft bei der Überarbeitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und bei der Überprüfung der Agenda-Umsetzung eingebunden werden, indem ihre Möglichkeiten für Inputs und Kommentierungen schon der Entwürfe der Berichte gegeben werden.

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), CorA Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Der Paritätische Gesamtverband, Forum Menschenrechte, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, Transparency International Deutschland, Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO)

Kontakt: Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. / DEINE STIMME GEGEN ARMUT
Stresemannstr. 72
10963 Berlin
Telefon: 030/263 92 99-10
Fax: 030/263 92 99-99
E-Mail: sekretariat@venro.org
www.venro.org

Verantwortlich: Michael Katèrta, VENRO